

Art. 79 al. 1

Proposition de la commission
Maintenir

Schoch, Berichterstatter: Artikel 79 ist die letzte effektiv verbleibende echte Differenz. Ins gleiche Kapitel gehören auch die Artikel 91 und 96, die wir nicht mehr separat zu beraten brauchen. Bei Artikel 79 geht es – Sie haben das sicher aus der letzten Behandlungsrunde noch in Erinnerung – um die Frage, ob landwirtschaftliche Grundstücke mit Hypotheken belastet werden dürfen aufgrund einer Belastungsgrenze, die individuell von Fall zu Fall für jedes Grundstück einzeln festgelegt wird, oder ob diese Belastungsgrenze generell 35 Prozent höher liegen soll als der Ertragswert.

Der Nationalrat hat bisher stets die individuelle Belastungsgrenze beschlossen. Unser Rat war demgegenüber von Anfang an der Meinung, die Belastungsgrenze müsste generell um 35 Prozent höher liegen als der Ertragswert, um damit ein einfacheres Prozedere zu gewährleisten und zu erreichen, dass nicht in jedem einzelnen Fall und für jedes einzelne landwirtschaftliche Gewerbe neben der Ertragswertschätzung auch noch eine separate Schätzung der maximalen Belastungsgrenze erfolgen müsste.

Herr Bundesrat Koller hat vorhin den schönen Satz geprägt, dass der Ständerat die Logik auf seiner Seite gehabt habe. Ich stelle meinerseits fest, dass das als Regel angenommen werden kann, und diese Regel spielt auch hier. Die Logik liegt offensichtlich auf der Seite des Standpunktes des Ständerates, denn es ist natürlich einfacher, übersichtlicher und weniger komplex, wenn die Belastungsgrenze generell 35 Prozent höher liegt als der Ertragswert. Das erspart den Schätzungsorganen eine zusätzliche Schätzungsrunde: Wenn der Ertragswert geschätzt ist, steht automatisch auch die Belastungsgrenze fest. Dasselbe liegt einfach 35 Prozent höher.

Von da her gesehen ist schon aus rein formellen Gründen die Zustimmung zum Beschluss der ständerätlichen Kommission gegeben. Es kommt aber dazu – und auf diesen Aspekt ist in der Kommission mit besonderem Nachdruck hingewiesen worden –, dass bei der zweimaligen Schätzung – zunächst Ertragswertschätzung und nachher geschätzte Festlegung der Belastungsgrenze – die Gefahr besteht, dass ungünstige Aspekte zweimal berücksichtigt und damit doppelt gewichtet werden. Wenn zum Beispiel ein landwirtschaftliches Gewerbe schlecht unterhaltene Gebäulichkeiten aufweist, schlägt sich das bei der Schätzung des Ertragswertes nieder, und es besteht die manifeste Gefahr, dass das nochmals berücksichtigt wird bei der individuellen Festlegung der Belastungsgrenze. Um dieser Gefahr vorzubeugen, muss die Belastungsgrenze einheitlich auf einem bestimmten Wert festgelegt werden. Die Kommission schlägt 35 Prozent über dem Ertragswert vor.

Ich bin der Meinung, dass die Kommission richtig beraten war, wenn sie Ihnen heute vorschlägt, an den seinerzeitigen Beschlüssen festzuhalten.

Ziegler: Die Regelung, wie sie vom Nationalrat vorgeschlagen wird, ist zwar die heute geltende – ich muss aber sagen –, die viel beanstandete, viel gerügte und kritisierte Lösung.

Die negativen Kriterien, die bei einer Bewertung berücksichtigt werden müssen, kommen bei schlechten – wenn man so sagen darf – Gewerben und Grundstücken zweimal zur Anwendung, nämlich bei der Ertragswertschätzung und nachher noch einmal bei der Festsetzung des Zuschlages. Das ist nicht nur viel komplizierter, sondern auch ungerecht.

Ich meine, es ist absolut richtig, wenn man am Beschluss des Ständerats festhält.

Bundesrat **Koller**: Ich glaube, auch hier hat der Ständerat die Logik auf seiner Seite. Der Nationalrat hat vor allem mit der unterschiedlichen Praxis in den Kantonen argumentiert. Da wir aber ein neues Gesetz machen, soll hier die Logik gewinnen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 91, 96 Abs. 2 Bst. e

Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 91, 96 al. 2 let. e

Proposition de la commission
Maintenir

Schoch, Berichterstatter: Mit Artikel 79 sind auch die Artikel 91 und 96 bereinigt. Es bestehen keine weiteren Differenzen.

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

91.426

Parlamentarische Initiative
(Kommission des Nationalrates)
Bundesgesetz über die Stempelabgaben.
Aenderung

Initiative parlementaire
(Commission du Conseil national)
Loi fédérale sur les droits de timbre.
Modification

Bericht der Kommission des Nationalrates vom 16. September 1991 (BBI IV)

Rapport de la commission du Conseil national du 16 septembre 1991 (FF IV)

Stellungnahme des Bundesrates vom 23. September 1991 (BBI IV)

Avis du Conseil fédéral du 23 septembre 1991 (FF IV)

Beschluss des Nationalrates vom 30. September 1991

Décision du Conseil national du 30 septembre 1991

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Kündig, Berichterstatter: Die Notwendigkeit der Revision des Stempelsteuergesetzes ist weitgehend unbestritten. Im Interesse des Finanzplatzes Schweiz und unserer Wettbewerbsfähigkeit müssen Stempelsteuern aufgehoben oder mindestens reduziert werden. Diese Feststellung hat der Bundesrat bereits in seiner Botschaft zur Neuordnung der Bundesfinanzen im Jahre 1989 festgehalten. Das Parlament ist diesen Überlegungen mit seinen Entscheiden zur Revision des Stempelsteuergesetzes vom 14. Dezember 1990 gefolgt. Die Revision konnte nicht in Kraft gesetzt werden, weil sie in die gesamte Revision eingebunden war, die vom Stimmbürger abgelehnt wurde.

Das Problem, die schwindende Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz auf den Finanzmärkten, ist aber geblieben. Der negative Trend hat sich sogar verstärkt. Immer mehr Geschäfte wandern ins Ausland ab oder können in der Schweiz wegen der Stempelabgaben gar nicht getätigt werden. Der Ertrag aus der Stempelsteuer ist stark rückläufig. Es ist auch damit zu rechnen, dass Arbeitsplätze gefährdet werden.

Dies ist auch der Hauptgrund, weshalb Ihre Kommission für die Beratungen der Vorlage diesen schnellen Schritt gewählt hat. Ausgehend von den parlamentarischen Initiativen von Herrn Nationalrat Feigenwinter und Herrn Ständerat Dobler hat der Nationalrat beschlossen, einer Kommissionsinitiative zuzustimmen und diese direkt im Rat materiell zu behandeln. Dieser direkte und schnelle Weg ist nach der Meinung Ihrer

Kommission auch deshalb gerechtfertigt, weil die gleiche beratende Kommission und die Räte in der jetzigen Zusammensetzung die gleiche Vorlage schon einmal behandelt und verabschiedet haben.

Der Bundesrat und eine Kommissionsminderheit lehnten diesen raschen und direkten Weg ab. Dabei wird die Notwendigkeit der Revision des Stempelsteuergesetzes nicht bestritten. Probleme sieht die Kommissionsminderheit in den entstehenden Steuerausfällen und den fehlenden Kompensationsmöglichkeiten. Herr Bundesrat Stich möchte zudem die Revision des Stempelsteuergesetzes erst dann vornehmen, wenn der Bundesrat über die Entwicklung des Bundeshaushaltes und die künftige Bundesfinanzordnung beraten habe. Die Revision des Stempelsteuergesetzes müsse in den Gesamtzusammenhang gebracht werden.

Bei ihren Beratungen ist die Kommission von dem am 14. Dezember letzten Jahres von unserem Rat beschlossenen Gesetzestext und den Änderungen des Nationalrates ausgegangen. Die Vorlage wurde im Nationalrat aufgrund jüngster Entwicklungen folgendermassen ergänzt:

1. Aufhebung der Stempelabgaben für Sitzverlegungen ausländischer Aktiengesellschaften in die Schweiz und für Beteiligungsrechte; die Durchführung von Beschlüssen über Zusammenschlüsse als Fusionen und die Umwandlung und Aufspaltung, die Umstrukturierung.

2. Der Verzicht auf eine Stempelabgabe bei der Ausgabe von Anlagefondsanteilen.

Bei diesen beiden Ergänzungen geht es um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Anlagefonds bei Sitzverlegungen in die Schweiz und bei Umstrukturierung. Diese Massnahmen stehen in direktem Zusammenhang mit der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen; Umstrukturierungen sollen bei den heute herrschenden Wettbewerbsbedingungen nicht noch durch Stempelsteuern erschwert werden.

Nach den Anträgen der Kommissionsmehrheit ergeben sich, auf der Basis von 1990 gerechnet, Ertragsausfälle von rund 420 Millionen Franken. Das ist angesichts der zu erwartenden Budgetdefizite und der düsteren Aussichten im Finanzplan nicht unbedenklich. Trotzdem ist die Kommission mehrheitlich der Meinung, die Revision müsse vorgezogen und realisiert werden. Wenn man zuwartet, wandern weitere Geschäfte ins Ausland ab. Dann fehlen die Steuererträge ohnehin, und zwar nicht nur diejenigen des Stempels, sondern auch die der direkten Steuern, weil zu befürchten ist, dass die Gewinne der Unternehmen in der Schweiz zurückgehen werden. Umgekehrt ist zu erwarten, dass bei günstigen Wettbewerbsbedingungen Gewinne und Erträge der Schweizer Banken und Unternehmen steigen und mit dem entsprechenden Ertragssteuern eine mindestens teilweise Kompensation erreicht werden kann. Diese Steuern kämen, vom Steuersubstrat her gesehen, auch den Kantonen und Gemeinden zugute. Die Steuerausfälle, die durch die vorgeschlagene Revision des Stempelsteuergesetzes verursacht werden, veranlassten eine Kommissionsminderheit zu den Anträgen auf Verzicht auf Steuerbefreiung bei Sitzverlegung und Umstrukturierungen bei Artikel 6 Absatz 1, was Minderausfälle von rund 60 Millionen Franken bringen würde, und auf Wiedereinführung der Stempelabgabe von 2,5 Prozent auf Lebensversicherungen – in Artikel 22 als Grundsatz und in Artikel 24 als Tarif. Die Minderausfälle würden hier 135 Millionen Franken ausmachen.

Obschon insbesondere eine Stempelsteuer auf den Lebensversicherungsprämien im Wettbewerb mit dem Banksparen gewisse Ausgleichs im Konkurrenzverhältnis bringen würde, lehnt die deutliche Mehrheit der Kommission eine Belastung beziehungsweise Mehrbelastung der Versicherungsprämien mit der Begründung ab, dass diese Ablehnung des Finanzpakets vom 2. Juni teilweise auf die Besteuerung der Lebensversicherungen zurückzuführen sei. Man will also das Risiko einer Ablehnung der Gesetzesvorlage nicht nochmals in Kauf nehmen.

Namens der Kommission beantrage ich Ihnen, im Interesse des Finanzplatzes Schweiz auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der Mehrheit zuzustimmen. Ich möchte dem Bundesrat, der Verwaltung, den Parlamentsdiensten, aber

auch den Kommissionsmitgliedern für die überaus speditiven Nacharbeit bei der Beratung dieser Vorlage bestens danken.

M. Ducret: Tout va vite au sujet du droit de timbre. Merci de me donner la parole dans ce débat d'entrée en matière.

Il y a 122 jours, le 2 juin, on a jeté aux orties un paquet dont on disait qu'il était mal ficelé, et tout à coup, on ressort du paquet les cadeaux qu'on souhaitait y trouver. Malheureusement, on ressort les cadeaux mais pas la facture. Il faut recoller les pots cassés, c'est vrai, et il est indiscutable que la réduction du droit de timbre est justifiée, pour les raisons que notre excellent président de commission, M. Kündig, a décrites tout à l'heure.

On voit ces jours dans la presse – j'en lisais encore ce matin dans le *Journal de Genève* – des discours étonnants. Pourquoi le droit de timbre est-il devenu tellement négatif quant à son application? Parce que, dans deux pays d'Europe, en Angleterre tout d'abord, il y a trois ans, on a décidé de supprimer toutes les taxes. Notez que, dans le même temps, Mme Thatcher a essayé d'introduire la «poll tax» sur les petits contribuables. Cela a causé sa perte – que je regrette parce que je l'estimais beaucoup – mais l'Angleterre ayant supprimé toutes les taxes, elle devenait une place extrêmement attractive pour tous ceux qui voulaient négocier des actions et des parts de fonds de placement.

Le Luxembourg ensuite, récemment, a construit tout un système de fonds de placement exonérés: aucun impôt, aucune taxe, et de ce fait l'Europe entière, en ce moment, va au Luxembourg pour souscrire des fonds de placement. La Suisse n'est pas la seule à procéder ainsi, c'est également le cas de l'Allemagne. Je vous rappelle simplement que, lorsque ce pays a voulu introduire un impôt sur les intérêts des carnets d'épargne, les Allemands se sont rués au Luxembourg.

On croyait, dans nos régions frontalières, que seuls les petits acheteurs allaient acheter leur viande en France voisine, leur beurre à Bâle, leur chianti à Chiasso. Eh bien non! Il n'y a pas que les petits acheteurs et les ménagères, les capitalistes aussi se déplacent à travers le monde lorsque leur intérêt leur commande de quitter notre pays. On pourrait épiloguer longtemps sur le fait qu'ils sont un peu des lâcheurs et qu'ils soutiennent mal les intérêts de la place financière suisse.

Enfin, puisqu'on ne peut pas lutter autrement que par la prise de telles décisions, faisons-le. Mais alors, ce serait une coupable légèreté que de faire perdre plus de 400 millions de recettes aux finances fédérales, dont je ne me ferai pas, en tout cas à titre personnel, le complice. Ce conseil et le Conseil national, réunis dans le même but, avaient précisé, avant le 2 juin: «nous voulons conserver à la Confédération des recettes normales. On ne veut pas qu'elle en ait plus, mais non plus qu'elle en ait moins». Tel était l'objectif du paquet, et vous avez été tous d'accord, puisque vous l'avez voté; le 2 juin, vous étiez de cet avis, avez-vous changé d'opinion 122 jours plus tard? Je ne le crois pas. Ce qui est surtout inquiétant, c'est que l'on fait les dépenses tout de suite mais que l'on renvoie les recettes à des jours meilleurs.

L'année prochaine, les déficits des cantons, des communes et de la Confédération provoqueront un besoin financier mensuel de près d'un milliard de francs.

Begrüssung – Bienvenue

Präsident: Ich habe das Vergnügen, eine Delegation aus Finnland auf der Tribüne zu begrüßen. Diese achtzehnköpfige Delegation befasst sich mit land- und forstwirtschaftlichen Problemen; sie wird von Frau Antila präsidiert.

Ich hoffe, dass Sie einen angenehmen Aufenthalt in der Schweiz haben und mit einem guten Eindruck von unserem Parlament in Ihr Land zurückkehren, das uns Schweizern trotz geographischer Distanz sehr nahesteht und uns sehr sympathisch ist. Ich danke Ihnen für Ihren Besuch! (*Beifall*)

M. Ducret: L'année prochaine, il faudra un milliard de francs par mois aux communes, aux cantons et à la Confédération pour faire face aux renouvellements d'emprunts et pour trouver de l'argent frais. Comme l'a relevé M. Stich, conseiller fédéral, au Conseil national, la conséquence est que la pression sur le marché de l'argent sera maintenue et que, notamment en ce qui concerne les hypothèques, cela empêchera certainement la possibilité d'une baisse. Une fois de plus, qui paiera les intérêts hypothécaires? Je le rappelle, les hypothèques en Suisse s'élèvent à 360 milliards de francs, soit actuellement en raison de la hausse des intérêts, 7 milliards de charges supplémentaires pour les propriétaires et les locataires. C'est là est un problème difficile, qui est bien plus grave que la perte d'une clientèle dans le cadre du droit de timbre. On oublie tout cela, parce qu'on s'occupe d'un problème bien précis et qu'on évite de parler des autres.

Pourquoi ferions-nous preuve d'une coupable légèreté en accordant seulement une réduction sur le droit de timbre sans chercher une compensation immédiate, rapide? C'est parce que j'ai vécu cela à Genève. Entraînés par la droite pure et dure et par la gauche intransigeante, les Partis socialiste, démocrate-chrétien et radical de mon canton n'ont pas pu résister à une volonté de réduction fiscale. Par conséquent, nous nous trouvons à Genève avec un déficit qui n'est pas plus grand que celui d'autres cantons mais qui est important. On m'en a fait le reproche, à moi qui avais dû accepter des réductions d'impôts, comme demain on fera le même reproche à notre ministre des finances qui, contraint d'accepter des réductions de recettes, se trouvera avec des augmentations d'impasses budgétaires. Cela n'est pas acceptable, et on ne peut pas l'accepter sans montrer son désarroi devant une politique qui consiste à dire à l'Etat: «moins vous aurez d'argent, mieux vous gèrerez».

Cela aussi est une erreur. Que font les milieux libéraux (au sens économique du terme)? Si l'on veut une économie libérale vraie, totale, comme celle que nous souhaitons tous et que – je crois – nous avons, il faut un Etat fort, suffisamment aisé sur le plan financier, afin qu'il puisse faire face aux difficultés. Que les moins chanceux de notre pays, que ceux qui sont le moins armés pour se défendre dans cette société libérale puissent être soutenus! Or, aujourd'hui, sous le prétexte d'appuyer le libéralisme économique pour lequel je suis à cent pour cent favorable, on est en train de priver l'Etat des moyens de se porter au secours de ceux qui sont en difficulté. Cela paraît difficilement acceptable! Si c'est pour avoir, comme on le voit quelquefois malheureusement aux Etats-Unis, des quartiers immensément riches et d'autres immensément pauvres, je sais que tel n'est pas votre but, ni votre envie, ni votre intérêt. Mais pour l'éviter, il faut laisser à l'Etat des moyens.

J'ai souffert dans mon canton d'avoir dû accepter de fortes diminutions fiscales et je ne suis pas prêt à admettre que nous fassions la même chose pour la Confédération. C'est mon dernier combat. Il n'y en aura plus d'autres. J'essaie de le mener avec mon coeur et d'agir au plus près de ma conscience. Je ne sais pas si cela suffira.

Tout à l'heure, je vous suggérerai un postulat qui va chercher dans le même paquet «mal ficelé» un élément qui pourrait, peut-être, éviter le déséquilibre. Nous en parlerons quand il sera temps mais, pour le moment, si je suis d'accord avec la réduction du droit de timbre, si je l'approuve, je souhaite seulement qu'elle ne soit pas admise sans compensations. Cela me paraît impossible.

Dobler: Ich habe am 10. Juni dieses Jahres eine parlamentarische Initiative eingereicht und danke der Kommission, dass sie dieses Geschäft so speditiv behandelt hat und dass wir heute im Plenum darüber beschliessen können.

Es ist vom Kommissionspräsidenten betont worden, dass die Vorlage an sich unbestritten ist, dass eine Reduktion oder eine Ausmerzung der Stempelabgaben nicht mehr zur Diskussion stehen. Er hat auch erwähnt, dass der Grund für diese Massnahme in der sich drastisch und rasant verschlechternden Haushaltslage liegt. Der Finanzplatz Schweiz ist in der Konkurrenzfähigkeit – insbesondere gegenüber Luxemburg – ins Hintertreffen geraten.

Ich verstehe, dass die Minderheit der Kommission und der Bundesrat immer dann skeptisch sind, wenn wir Mindereinnahmen verzeichnen oder Mehrausgaben tätigen müssen. Als Präsident der Finanzkommission sitze ich im gleichen Schiff und kann diesen Aspekt ebenfalls betonen. Ich habe mich meinerseits auch immer wieder dagegen gewehrt, wenn es um vermehrte Ausgaben oder verminderte Einnahmen ging. Wir stehen aber heute finanzpolitisch in einem Zwiespalt gegenüber den buchhalterischen Ueberlegungen, zu denen wir ebenfalls verpflichtet sind. Wir sähen es am liebsten, wenn eine Mindereinnahme im Budget durch eine anderweitige Kompensation ausgeglichen würde. Das ist selbstverständlich. Wir müssen aber jenseits buchhalterischer Gedankengänge nach wirtschaftlichen Komponenten suchen und mit verbesserten wirtschaftlichen Grundlagen auch buchhalterisch auf längere Frist eine bessere Lösung finden. Mit einer Aenderung des Stempelsteuergesetzes werden Voraussetzungen geschaffen, um eine forcierte, neue wirtschaftliche Grundlage für das Geschäft zu ermöglichen.

Ich könnte mir vorstellen, dass die Minderheit speziell ins Feld führen wird, diese Vorlage sei eine Vorlage zugunsten der Banken und man müsse sehen, wie gute Abschlüsse die Banken in diesem bzw. im nächsten Jahr aufweisen könnten. Ich habe keine Beziehungen zu Grossbanken, ich bin bei einer kleinen Bank dabei, die hier keine Rolle spielt; ich kann mich also absolut objektiv und neutral verhalten. Es ist doch so, dass die Banken es ohne weiteres verstehen, die Geschäfte über ausländische Tochtergesellschaften abzuwickeln, und ihrerseits absolut keine Einbussen verzeichnen, womit andererseits der schweizerische Staat bei seinem Steuersubstrat tangiert wird. Es geht uns darum, dass wir uns um den schweizerischen Fiskus und nicht um die Interessen der Banken sorgen müssen.

Darf ich zusammenfassend folgendes feststellen: Ihre Kommission hat einmal in Analogie zum Beschluss des Nationalrates dem Verzicht auf die Unterstellung der Anlagefonds unter die Stempelsteuer zugestimmt. Sie hat ferner dem Verzicht auf die Erhöhung der Stempelabgabe bei Umstrukturierungen und Sitzverlegungen ausländischer Firmen in die Schweiz zugestimmt und ist damit dem Nationalrat gefolgt. Schliesslich hat sie den Verzicht auf die Unterstellung der Lebensversicherungen unter der Stempelsteuer genehmigt und sich damit ebenfalls dem Nationalrat angeschlossen. Ich stelle fest, dass die wesentlichen Punkte der Initiative, wie ich sie einreichte, erfüllt sind.

Die Kommission ist im Prinzip dieser Initiative gefolgt, so dass sie ihren Zweck erreicht hat und ich sie zugunsten der Anträge der Kommission zurückziehen kann.

Mme Jaggi: Dans ce débat d'entrée en matière, je peux me contenter de deux remarques relatives l'une à la procédure et l'autre au contenu du projet que nous examinons. Premièrement, concernant la forme, la procédure suivie est pudiquement qualifiée «d'inusitée» par notre distingué collègue M. Eggly, conseiller national, par ailleurs éditeur au *Journal de Genève* et à la *Gazette de Lausanne*. Inusitée, c'est le moins que l'on puisse dire pour caractériser la démarche utilisée qui trouve son aboutissement aujourd'hui dans ce conseil.

Si nous avions voulu faire, avant même de l'accomplir, la démonstration des limites de la réforme du Parlement, nous ne nous y serions pas pris autrement. Nous voyons à quel point on peut réglementer jusque dans le détail des procédures et à quel point le simple rapport des forces l'emporte; quand l'objectif politique de la majorité l'exige, ces règlements deviennent tout à coup nuls et non avenus. La réforme du Parlement a pour but d'accélérer notre travail et d'en améliorer le rendement. Nous avons ici une démonstration de rapidité, mais non d'efficacité, avec cette révision de la loi sur les droits de timbre. En matière parlementaire non plus, «vite fait» n'est pas forcément bien fait. Nous travaillons dans la précipitation, laquelle est mauvaise conseillère.

Je rappelle pour mémoire et illustration, parmi tant d'autres entorses aux pratiques usuelles du système bicaméral, le fait que notre commission a commencé à siéger lundi soir – tardi-

vement d'ailleurs – alors que le Conseil national n'avait pas encore terminé son débat sur le projet qui nous était donc soumis en l'absence du conseiller fédéral intéressé. Cela m'a rappelé par contraste la manoeuvre exactement inverse – sur le même type de sujet et émanant des mêmes milieux – qui a eu lieu il y a sept ou huit ans, lorsqu'il s'agissait de soumettre le produit des placements fiduciaires à l'impôt anticipé. A l'époque, on a voulu freiner et non accélérer. Eh bien! Avec la même efficacité et la même négligence des règlements, on a procédé au blocage du projet, comme aujourd'hui l'on procède à un traitement ultra-rapide.

Ce projet traité de manière pire qu'inusitée – M. Ducret et le rapporteur l'ont également rappelé – se rapporte à l'allègement du droit de timbre qui faisait partie du fameux paquet du 2 juin pour lequel plusieurs membres de ce conseil se sont prononcés favorablement. Vis-à-vis du public, nous étions beaucoup moins nombreux, n'est-ce pas, Monsieur Ducret? L'idée de cet allègement me paraît parfaitement acceptable et, en tant que socialistes, nous l'avions admise dans le cadre précisément de ce paquet que certains ont qualifié, après coup, de «mal ficelé». Cet allègement était acceptable sous la forme que lui avaient donnée les Chambres fédérales en décembre dernier, sans les ajouts que le Conseil national d'abord, et notre commission ensuite, dans sa majorité, ont jugé bon d'y faire, notamment à l'article 6, en introduisant une lettre abis à l'alinéa premier, sur lequel je me permettrai de revenir tout à l'heure.

Allègement d'accord, dans la forme et avec l'importance adoptées par les Chambres en décembre dernier, mais pas sans compensations immédiates, s'entend. Il ne s'agit pas là d'une fixation comme certains veulent le croire, mais bien d'une nécessité. On ne peut, d'une part, invoquer la situation grave des finances fédérales et surtout l'évolution alarmante qu'elles connaissent actuellement – comme celles d'ailleurs des autres collectivités et, dans le même temps, prendre des mesures qui aggraveront encore ces perspectives. Qu'on prenne des mesures neutres du point de vue des recettes est un minimum, mais qu'on en prenne qui privent la Confédération de rentrées de l'ordre de 420 millions sur lesquelles elle devrait pouvoir compter me paraît irresponsable.

Objectivement, on connaît d'avance les conséquences auxquelles doit faire face un Etat appauvri. C'est sur la marge de manoeuvre dont dispose la collectivité dans l'établissement de son budget que s'effectuent les économies, c'est-à-dire en particulier sur les subventions et les contributions en faveur de ceux de nos concitoyens qui en ont besoin pour exercer leurs activités économiques, faire face à des difficultés budgétaires et qui sont confrontés à des problèmes sociaux.

Cette compensation est nécessaire, dans sa simultanéité, comme cela était effectivement prévu dans le paquet financier soumis au peuple et aux cantons le 2 juin dernier, et sur lequel les partis gouvernementaux s'étaient entendus, ce qu'ont oublié par la suite les partis bourgeois.

Après tout, une compensation immédiate, que l'on dit si difficile ou impossible, n'exige pas une entorse à la procédure comparable à celle que nous avons de toute façon commise pour traiter cet objet. C'est pourquoi je vous suggérerai tout à l'heure de discuter une proposition analogue à celle que M. Salvioni, conseiller national, a faite – sans succès d'ailleurs – dans l'autre conseil et qui consiste à coupler la mise en vigueur de la loi révisée sur le droit de timbre – y compris tous les allègements qu'elle contiendra dans sa version finale – avec les mesures compensatoires qui devraient rendre cette opération neutre pour la Caisse fédérale.

Dans cet esprit et avec l'espoir que, contrairement à l'autre conseil, nous n'aggraverons pas le projet de révision de la loi sur le droit de timbre et que nous songerons aux compensations, j'accepte l'entrée en matière sur ce projet.

M. Jelmini: Le Conseil fédéral se déclare favorable à la révision de la loi sur les droits de timbre sous la forme adoptée le 14 décembre dernier, mais il précise en même temps qu'il faut se préoccuper de la dégradation rapide de la situation financière de la Confédération – on en connaît les chiffres essentiels.

D'une part, il faut considérer que la situation de la place financière suisse, du point de vue de la concurrence, est assez pénible. Les droits de timbre entravent évidemment la capacité concurrentielle sur le marché international. Les diminutions constatées objectivement à ce propos laissent entrevoir que l'on a perdu du terrain dans ce secteur et qu'il faut s'attendre à une perte de vitesse ultérieure. Des places de travail ont également été supprimées à cause de ces mesures fiscales. Il faut donc, autant que possible, rétablir la situation.

L'intervention qui nous est proposée revêt un aspect particulier sur le plan de l'évolution économique qui, à mon avis, devrait être considérée dans son ensemble et pas seulement dans ce secteur. Il y a en effet d'autres secteurs de notre économie qui se trouvent dans une situation critique – celui du bâtiment, ou de l'exportation, par exemple – avec des conséquences qui, selon les régions, sont assez graves. Mais pour le moment, on ne s'est guère préoccupé de cette situation ni d'une éventuelle intervention dans ce secteur pour en atténuer les inconvénients. Cela dénote, soit dit en passant, une certaine carence dans la vue d'ensemble de notre politique économique qui devrait être corrigée.

Les allègements proposés dans le secteur des droits de timbre auront pour conséquence une diminution des ressources de la Confédération alors que la situation financière est en train de se dégrader fortement. L'intention du Conseil fédéral de trouver rapidement une compensation des pertes causées aux finances de la Confédération par cette révision et, par là même, de procurer les moyens nécessaires pour équilibrer le bilan est donc fondée et doit être prise au sérieux.

Je partage l'opinion de M. Ducret, à savoir que certaines compensations pourraient déjà être réalisées avec cette révision, en soumettant précisément aux droits de timbre, par exemple, les primes d'assurances sur la vie, comme l'a proposé la minorité de notre commission. En outre, il faudra renoncer à d'autres allègements tel celui proposé par la majorité de la commission et par le Conseil national à l'article 6, alinéa premier, lettre abis, qui n'a rien à voir avec la place financière. Nous devons comprendre que l'image de la Suisse, de sa place financière, dépend, entre autres, de la capacité de l'Etat à équilibrer son bilan, tout en réalisant les tâches que la constitution et le souverain lui confient. Il n'est donc pas admissible de prolonger une situation financière négative, même dans le but de sauver un secteur économique important.

Nous devons donc nous demander si nous sommes prêts à rétablir cette situation avec le même empressement dont on a fait preuve à l'occasion, voire à renoncer à certaines prestations qui sont indispensables à la survie des régions moins favorisées et à celle de leur population. Il faut aussi se demander si l'opinion publique est prête à accepter cette décision qui traverse notre ciel parlementaire à une vitesse qui n'est pas habituelle dans notre machine législative et si, en cas de référendum, il sera aisé d'expliquer pourquoi et comment on renonce à des recettes sans compensation, dans un moment difficile pour les finances de la Confédération.

Je voterai l'entrée en matière parce qu'il faut résoudre ce problème, mais je voudrais réserver mon vote final en fonction de la tournure que prendra le débat.

Küchler: Wir alle müssen doch feststellen, dass diese Session von einer aussergewöhnlichen Hektik geprägt ist; ein Geschäft jagt das andere, eine Differenzbereinigung folgt der anderen. Wir haben ein Tempo eingeschlagen, das der Qualität unserer Gesetzgebungsarbeit auf die Länge zweifellos Abbruch tun muss.

Wenn ich aber dennoch heute für Eintreten auf diese Vorlage bin, dann aus folgenden drei Gründen:

1. Es handelt sich um eine Materie, über die beide Räte erst vor kurzem und vor allem auch ausführlich beraten haben. Die Revision des Stempelgesetzes war damals von keiner Seite bestritten worden, und das Parlament hatte ihr zugestimmt.

2. Wenn wir die erneute Behandlung in die neue Legislaturperiode verschieben würden, dann müssten sich neu zusammengesetzte Gremien mit der Vorlage befassen, was einen unnötigen Kräfteverschleiss bedeuten würde.

3. Aufgrund der bereits geführten parlamentarischen Debatten wissen wir, dass die Revision des Stempelgesetzes, wie dies auch jetzt immer wieder zum Ausdruck gekommen ist, dringlich – ja, ich möchte sogar sagen: vordringlich – ist. Selbst der Bundesrat hat bereits in seiner Botschaft vom Juni 1989 die Dringlichkeit der Revision anerkannt und stellt eine solche auch in seiner jüngsten Stellungnahme vom 21. September nicht in Abrede.

Tatsache jedenfalls ist, dass sich angesichts der fast vollständigen Deregulierung auf den internationalen Finanzmärkten und des überraschend schnellen Abbaus von steuerlichen Schranken im Wirtschaftsbereich der Europäischen Gemeinschaft die Rahmenbedingungen für unsern Finanzplatz Schweiz drastisch verschlechtert haben, was sich mit den immer grösser werdenden Ausfällen auf dem schweizerischen Finanzmarkt beweisen lässt.

Allein per 31. August 1991 waren es rund 170 Millionen Franken weniger an Stempelsteuereinnahmen gegenüber der gleichen Vorjahresperiode. Und je länger wir mit der Revision zuwarten, desto mehr wandern weitere bedeutende Geschäfte und Arbeitsplätze ins Ausland ab, oder aber es laufen die lukrativen Geschäfte in Milliardenhöhe weiterhin an der Schweiz vorbei.

Seien wir uns doch bewusst: Europa wird ab 1. Januar 1992 ein bedeutender Marktriese, ich möchte sagen, ein Wirtschaftsriesel!

Die umliegenden Länder haben begriffen, dass sie ihre Staatskassen nur füllen können, wenn der Markt, ihre Wirtschaft, bei möglichst freier und deregulierter Entfaltung auch stattliche Gewinne hergibt. Selbst wenn wir als Schweizer ausserhalb der EG bleiben sollten, müssten wir die Rahmenbedingungen für uns, für unsere Wirtschaft optimaler gestalten. Wir müssen diese Rahmenbedingungen anpassen, damit wir im internationalen Wettbewerb überhaupt mithalten und konkurrieren können. Unabhängig davon, ob wir dereinst in die Gemeinschaft gehen oder nicht, müssen wir unsere Rahmenbedingungen anpassen, weil die Gemeinschaft dies uns rein faktisch vorschreibt.

Sie sehen also: So oder so müssen wir unsere völlig veralteten Steuersysteme möglichst schnell und möglichst radikal ändern. Machen wir doch heute den entsprechenden Schritt.

Ein gut funktionierender Finanzplatz Schweiz hat bisher einen wesentlichen Beitrag an die Wertschöpfung und damit auch an die Finanzierung unseres Sozialstaates geleistet. Ebenso stellte der Finanzplatz etwa 120 000 Arbeitsplätze der höheren Steuerklasse zur Verfügung. Dies ist meines Erachtens beachtlich.

Wenn wir verhindern wollen, dass diese Arbeitsplätze ins Ausland transferiert werden, dann müssen wir sofort dafür sorgen, dass die Schweizer Banken ihre vielfältigen Dienstleistungen vom Finanzstandort Schweiz aus erbringen können. Nur so kann wertvolles Steuersubstrat für den Bund, für die Kantone und für die Gemeinden erhalten oder wieder zurückgewonnen werden. Es geht also bei der Vorlage – wie Herr Kollege Dobler gesagt hat – nicht um die Banken, sondern um den Fiskus.

Um die Revision des Gesetzes noch in dieser Session – d. h. in dieser Legislaturperiode – verabschieden zu können, ist es wichtig, dass wir heute auf die Vorlage eintreten und keine Differenzen schaffen, d. h. wir müssen der Vorlage so zustimmen, wie es der Nationalrat getan hat und wie es Ihnen die Kommissionsmehrheit vorschlägt.

Auch müssen wir nach der Volksabstimmung vom 2. Juni zur Kenntnis nehmen, dass – entgegen der Auffassung des Bundesrates – eine sogenannte Paketlösung nicht möglich ist, sondern dass wir eben heute diese Revision als separaten Schritt tun müssen, dies selbstverständlich unter Berücksichtigung der im Verlaufe des Abstimmungskampfes geäußerten oder zutage getretenen Kritik. Wir müssen den Schritt aber auch im klaren Wissen tun, dass weitere dringende Schritte für die Umgestaltung unseres Finanzsystems, Schritte zur Schaffung der Kompensation, folgen müssen.

In diesem Sinne bin ich also für Eintreten auf die Vorlage.

M. Delalay: Personne aujourd'hui, dans ce conseil, ne conteste la nécessité de modifier la loi sur les droits de timbre.

Cette position est partagée par tout le monde. Les Chambres fédérales en avaient d'ailleurs prévu la révision dans le cadre du nouveau régime financier de la Confédération qui a été refusé par le peuple au mois de juin de cette année. Le Conseil fédéral lui-même, dans un de ses messages, admet également la nécessité de revoir cet impôt particulier, qu'on dit un peu vieillot, et qui porte sur des opérations actuellement moins taxées à l'étranger, voire totalement franches de taxes dans les pays voisins.

Tout de suite après la votation populaire du mois de juin, deux initiatives parlementaires ont été déposées, dans chacun des conseils, demandant de reprendre cette partie du nouveau régime financier. Les arguments en faveur de cette révision sont évidents; ils ont été évoqués ici et au Conseil national. Tandis que nous tournons un peu en rond pour notre réforme des finances fédérales, les places financières de Londres, de Luxembourg et de Francfort attirent les clients traditionnels de nos établissements suisses. Ces derniers ne conservent d'ailleurs leur position que grâce à leurs sociétés et à leurs filiales à l'étranger, bien plus que par l'activité de leurs sièges en Suisse. Cela entraîne également le paiement d'impôts directs à l'étranger et le déplacement de places de travail de notre pays vers l'extérieur. Chacun peut d'ailleurs observer chez nous le fait que l'emploi dans le secteur bancaire est en forte diminution, effective et sérieuse.

Depuis le début de cette année, le Luxembourg et la République fédérale d'Allemagne ne prélèvent plus d'impôts sur le chiffre d'affaires pour les opérations boursières. Pour ce qui concerne Londres, il y a longtemps que cette place est en tête en matière d'émissions d'euro-obligations. Les fonds de placement nous échappent également. Rien qu'en 1989, 22 fonds ont été ouverts en Suisse contre 135 au Luxembourg. Les finances de la Confédération en souffrent, puisque de 1987 à 1990 les recettes des émissions des fonds de placement ont diminué de moitié, passant de 100 à 50 millions de francs. D'autres opérations ne se font pas du tout en Suisse à l'heure actuelle. C'est le cas des émissions d'euro-emprunts et de papiers monétaires suisses. Abolir les droits de timbre entraînerait dans ce secteur tout au moins un gain d'impôts directs.

Cela dit, deux questions au moins se posent à nous. La première est l'urgence qui a présidé à la discussion de ces modifications dans les deux Chambres. A cet égard, il faut remarquer que, si nous avons démontré une célérité inhabituelle, nous n'avons peut-être pas travaillé avec un souci majeur d'approfondissement. Si nous n'avions pas, en commission, déjà examiné tout le problème des droits de timbre dans le cadre du régime financier, nous n'aurions pas eu les moyens de traiter de cette question dans un délai aussi court.

La deuxième remarque porte – on l'a déjà relevé ce matin – sur les pertes enregistrées par la Confédération avec ce projet, pertes qui s'élèvent à environ 400 millions de francs. Il est toujours très difficile de déterminer un chiffre dans ce domaine. Au moment où s'annoncent des années difficiles, la perte est importante. Certes, des mesures de compensation sont déjà prévues dans le projet, telles que, par exemple, la réintroduction d'un droit de timbre d'émission de 1,2 pour mille par année sur les obligations d'emprunts suisses et 0,6 pour mille sur les obligations de caisse et sur les papiers monétaires suisses, comme cela se faisait d'ailleurs avant 1973. Malgré ces compensations, la perte demeure importante. Il s'agira donc de trouver d'autres ressources si nous ne voulons pas augmenter encore les déficits de la Confédération.

C'est là que les choses se gâtent, car si l'on évoque une augmentation des taux d'Icha, par exemple, comme je l'ai fait en commission, M. le ministre des finances nous rétorquera que cela n'est politiquement pas possible, le peuple n'étant pas prêt à accepter de nouvelles distorsions dans la concurrence qu'entraînerait une augmentation des taux d'impôt sur le chiffre d'affaires. Il faudrait d'autres taxes alors, mais elles seront évidemment mal perçues, parce qu'elles ne concernent que certains citoyens qui ne sont aujourd'hui que peu ou pas du tout touchés. Il n'en reste pas moins que des compensations devront être trouvées. J'en suis un chaud partisan, d'autant plus que des finances de la Confédération saines sont tou-

jours favorables à un canton comme le mien qui est financièrement faible. Il nous faudra trouver ces compensations dans le nouveau régime financier que nous devons reprendre et mettre sur pied.

J'attends avec intérêt la proposition que nous a promise M. Ducret, qui va dans un autre sens, semble-t-il, que de nouvelles taxes ou une modification de l'imposition indirecte. Je regarderai attentivement cette proposition; si elle est favorable, je la soutiendrai. Avec ces réserves, je me prononce en faveur de l'entrée en matière et je voterai le projet tel qu'il est issu des délibérations du Conseil national. Je suis convaincu de la nécessité de régler cette question des droits de timbre sans retard, et donc sans créer des divergences qui nous empêcheraient de conclure nos travaux durant cette dernière session de la législature.

M. Gautier: Je voudrais faire deux séries de remarques, l'une sur la forme de la procédure que nous avons adoptée, et l'autre sur le fond du problème.

Sur la procédure, je voudrais dire à Mme Jaggi que je ne peux pas accepter ses termes: «vite fait n'est pas bien fait». Je crois qu'on peut travailler vite et bien, comme on peut travailler mal et lentement. Les deux choses sont totalement indépendantes, soit la rapidité et la qualité du travail. On nous a aussi dit que nous utilisions une procédure exceptionnelle. Il n'est quand même pas si rare que le Conseil fédéral nous demande de traiter un objet dans les deux conseils au cours de la même session, cela s'est produit souvent et il n'y a pas de raison pour que le Parlement n'ait pas les mêmes droits dans ce domaine que le Conseil fédéral. Il y a surtout une raison impérieuse qui nous force à travailler vite, c'est la violence de l'hémorragie que subissent les placements et les affaires des banques qui passent du territoire suisse à l'étranger. Madame Jaggi, je crois que si un jour, ce qu'à Dieu ne plaise, vous vous sectionnez une artère, je vous souhaite d'avoir à côté de vous quelqu'un qui soit capable d'y poser un garrot. Eh bien, il faut que nous mettions un garrot à l'hémorragie de capitaux et d'affaires qui quittent notre sol pour se transporter dans des places financières plus compréhensives du point de vue fiscal.

J'en viens au fond. Je reconnais bien volontiers, avec M. Ducret et d'autres, qu'il est regrettable de ne pas pouvoir proposer simultanément une recette compensatoire. Mais – je le répète – il y a une urgence à agir et la recette n'est pas si facile à trouver de manière rapide. Je comprends d'autant mieux M. Ducret qu'il voit son successeur au Département des finances du canton de Genève souffrir des réductions d'impôts consenties. Il est vrai que son successeur ne souffre pas seulement des réductions d'impôts, mais également de l'évolution de la situation économique et de l'arrêt à peu près total des transactions immobilières dans le canton de Genève.

J'en reviens aux finances fédérales et je crois que, dans le domaine de la compensation, on est en train d'oublier une chose: si nous supprimons ou si nous corrigeons le droit de timbre, les affaires qui actuellement se traitent sur les places étrangères peuvent revenir en Suisse, ce qui signifie de nouvelles recettes fiscales sur les bénéfices des banques. Nous avons tous pu lire dans la presse, il y a quelques jours, qu'une des grandes banques annonçait une croissance considérable de son bénéfice, mais cette croissance se fait presque exclusivement à l'étranger et n'est donc pas soumise à la fiscalité suisse. Si les affaires revenaient un peu en Suisse, cela permettrait d'imposer et de traiter fiscalement les bénéfices des grandes banques. En même temps, le retour des affaires permettrait une reprise de l'offre de places de travail. Ces places de travail, cela veut dire des revenus et des recettes fiscales.

Il y a un cas que je voudrais encore évoquer, parce que personne n'en a parlé jusqu'ici, c'est le fait que le droit de timbre tel qu'il est conçu actuellement, favorise les grandes banques au détriment des petites et moyennes que sont les banques cantonales et les banques régionales. Les grandes banques peuvent aller traiter leurs affaires dans leurs succursales ou leurs filiales à Londres ou à Luxembourg ou ailleurs; les banques cantonales et régionales n'ont pas cette possibilité et je ne pense pas que ce soit idéal et que ce soit l'idée de Mme Jaggi ou d'autres de vouloir favoriser les grandes ban-

ques au détriment des petites et moyennes banques cantonales et régionales.

Pour toutes ces raisons, je voterai l'entrée en matière et je suivrai la majorité de la commission et le Conseil national.

Bundesrat Stich: Es ist wiederholt gesagt worden, dass die Revision des Stempelsteuergesetzes unbestritten sei und es auch das letzte Mal gewesen sei. Das ist zweifellos richtig; aber dann muss man sich doch die Frage stellen: Warum diese Eile?

Herr Küchler hat angeführt, wir hätten 170 Millionen Franken weniger Einnahmen gehabt im August. Ich kann Ihnen bestätigen, im September sind es immer noch 170 Millionen Franken weniger Einnahmen. Aber man sollte sich vielleicht überlegen, woher diese Mindereinnahmen kommen, und da ist es gut, wenn man sich überlegt, dass die Umsatzabgaben bekanntlich alle drei Monate abgerechnet werden. Wir haben also in diesem Jahr 1991 wohl oder übel die Auswirkungen der Golfkrise des letzten Herbstes und auch noch die Auswirkungen des Golfkrieges in diesem Jahr drin. So lassen sich diese Mindereinnahmen durchaus erklären. Es gibt keinen Grund, wegen der Verlagerung der Geschäfte besonders hektisch zu tun. Es ist unbestritten: Wir müssen etwas tun, aber das ist nicht eine Frage von einem Monat oder von drei Monaten.

Der Bundesrat hätte es begrüsst, wenn er Ihnen die ganze Situation in einem Paket hätte darlegen können. Ein Paket, das heisst nicht eine Vorlage, die wie das Finanzpaket zusammengeschürt und verbunden ist; aber es wäre nützlich gewesen, wenn man sich über die finanzielle Situation dieses Staates generell hätte Rechenschaft geben können. Ich habe wiederholt gesagt und sage es auch heute wieder: Das Budget dieses Jahres hat nach Passierung der Räte noch mit 72 Millionen Franken Ueberschuss abgeschlossen; vorher war er noch etwas höher. In der Zwischenzeit haben wir einen Nachtragskredit von 1,08 Milliarden Franken gehabt, und Sie werden einen zweiten Nachtragskredit bekommen, der höher ist als der erste. Das heisst, Sie können davon ausgehen, dass wir in diesem Jahr ein Defizit in der Grössenordnung von 2 Milliarden Franken haben, jedenfalls näher bei 2 als bei 1 Milliarde, so wie die Dinge im Moment aussehen. Daher begreife ich nun Ihre Eile, denn es ist im Dezember bedeutend weniger einfach, zusätzliche Abstriche zu machen, wenn man weiss, dass man zusätzliche Einnahmen beschaffen muss, aber nicht bereit ist, die Ausgaben zu kürzen. Das ist dann weniger einfach!

Ich habe gesagt, die Revision des Stempelsteuergesetzes sei unbestritten. Bestritten ist aber, dass Sie bei der inländischen Emissionsabgabe bei Fusionen eine Reduktion vornehmen wollen und, vom Bundesrat her auch, dass Sie es verpassen, bei den Prämien der Lebensversicherungen etwas zu tun, um die Wettbewerbsfähigkeit etwas auszugleichen. Denn heute ist das Versicherungssparen gegenüber dem Banksparen steuerlich wesentlich privilegiert; das ist völlig unbestritten. Deshalb wäre es sinnvoll gewesen, hier einen kleinen Ausgleich zu schaffen, denn gerade beim Stempelsteuergesetz sagen Sie, man müsse die Wettbewerbsspiele gleich lang machen, ergo müsste man sie auch hier, innerhalb der Schweiz, gleich lang machen.

Wir haben auch eingebracht – das hat keine Aufnahme gefunden in der Kommission –, dass man die Abgaben für die Sachversicherung anpassen solle. Herr Küchler hat zitiert, welche Länder Stempelabgaben abgeschafft haben. Ich zitiere Ihnen jetzt, wie die Sachversicherungen in der Schweiz und im Ausland belastet werden. In der Schweiz sind es 1,25 Prozent, in Frankreich 18 Prozent, Grossbritannien und Irland haben keine Besteuerung, Deutschland hatte bis zum 30. Juni 7 Prozent und seither 10 Prozent, Belgien 9,25 Prozent, Italien 10 Prozent, Luxemburg 5 Prozent und die Niederlande 7 Prozent. Das ist auch ein Vergleich mit dem Ausland! Wenn man schon beim Abschaffen mit dem Ausland vergleicht, dann muss man vielleicht gelegentlich auch sagen, wir müssten uns auch einmal nach oben anpassen.

Es geht hier nicht mehr um Kompensationen wie beim letzten Finanzpaket, sondern darum, dass wir letztlich mehr Einnahmen haben müssen. Da wäre es vernünftiger gewesen, diesen Entscheid in voller Kenntnis der Situation und unter Beach-

tung der Vorschläge des Bundesrates über Mehreinnahmen und Kürzungen treffen zu können. Denn letztlich geht es nicht nur darum, die Kasse auszugleichen.

Vielleicht ist es auch etwas deplaziert, Herr Dobler, von buchhalterischen Ueberlegungen zu sprechen, denn hier stehen nicht buchhalterische Ueberlegungen zur Diskussion, sondern die weitere Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft. Wenn es uns nicht gelingt, den Ausgleich zu schaffen, wenn wir es also fertigbringen, in der nächsten Legislaturperiode den Fehlbetrag der Bilanz zu verdoppeln – und dazu haben wir alle Chancen –, dann bedeutet das selbstverständlich eine massive Verschlechterung für den Finanzplatz Schweiz! Es bedeutet eine massive Verschlechterung für den Werkplatz Schweiz! Es bedeutet aber auch, dass dann die Schwächsten am stärksten davon betroffen sein werden. Denn das wird bedeuten, dass wir beispielsweise alle 14 Tage auf den Kapitalmarkt gehen müssten. Und wenn ein Schuldner alle 14 Tage auf dem Kapitalmarkt erscheint, dann dürfen Sie nicht glauben, die Zinssätze würden sinken, sondern sie werden vermutlich eher steigen. Sie wissen so gut wie ich, welche Auswirkungen steigende Zinssätze auf die Teuerung, auf die Mieten, auf die Belastung der Hauseigentümer und auch auf die Wirtschaft haben. Auch die Wirtschaft muss sich ja gelegentlich wieder Kapital beschaffen. Die schweizerische Wirtschaft hat bis heute davon profitiert, dass wir in der Regel günstigere Zinssätze als das Ausland hatten. Das sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, sondern wir sollten dafür sorgen, dass wir die Inflation bekämpfen und reduzieren können, um so wieder eine Grundlage für tiefere Zinssätze zu schaffen. Umgekehrt werden natürlich die Zinssätze ebenfalls nicht zurückgehen können, wenn wir eine sehr starke Inflation haben.

Unser Budget ist an sich immer noch sehr expansiv. Es ist also nicht darauf ausgerichtet, die Teuerung zu bekämpfen. Deshalb werden Sie auch in dieser Hinsicht nicht nur Einnahmen zu beschaffen haben, sondern auch die Möglichkeit zu entscheiden, wo man einsparen und wo man verzichten kann. Das wird nicht sehr viel einfacher sein, als zu sagen, woher man mehr Geld haben möchte. Aber wir sind uns doch alle einig, dass es eine vornehme Aufgabe der Politik wäre, wenn man dafür sorgen würde, dass die Leute am Schluss denken, die Lasten seien einigermaßen gleich und gerecht verteilt worden. Aber das ist eben nicht möglich, wenn man solche Dinge vorausnimmt, weil dann mindestens der Ueberblick fehlt.

Die Eile ist auch eine Frage des Stils: Die nationalrätliche Kommission hat ihren Bericht am 16. September abgegeben. Am 18. September haben wir den Antrag an den Bundesrat weitergeleitet; am 23. September musste der Bundesrat entscheiden, weil am 25. September bereits die Behandlung im Parlament vorgesehen war. Es ist dann 30. September geworden, die Behandlung fand am letzten Montag bis abends um 9 Uhr statt; um 10 Uhr abends hat Ihre Kommission die Beratungen abgeschlossen. Und zwei Tage später findet die Beratung hier statt, also innerhalb von anderthalb Wochen kann man in der Schweiz ein Gesetz ohne weiteres durchbringen.

Das ist eine phantastische Leistung! Wir haben dies vor vier Jahren, im Jahre 1987, auch schon fertiggebracht. Damals hat man ebenfalls sehr rasch ein Sofortprogramm durchgebracht, um die direkten Bundessteuern, unter dem Titel der Entlastung der Familien, zu senken. Das war durchaus gerechtfertigt. Wir hatten vorgeschlagen, dies mit der Finanzordnung zusammenzunehmen, weil wir überzeugt waren, dass man auch etwas bieten musste. In diesem Jahr konnten wir nichts mehr bieten. Die Finanzordnung ist vielleicht auch deshalb gescheitert.

Sie sehen, Eile ist nicht immer – auch wenn man gewinnt, wenn man zeitlich speditiv ist – der beste Ratgeber. In diesem Fall weiss ich auch nicht, ob es so ist.

Alles in allem: Wir sind damit einverstanden, dass man die Stempelsteuern gemäss dem Vorschlag revidiert, wie er aus der alten Vorlage hervorgegangen ist. Wir sind auch einverstanden, wenn man die Anteile von Anlagefonds befreit. Das hat tatsächlich etwas mit dem Finanzplatz zu tun. Aber Restrukturierungen, Fusionen und dergleichen haben mit dem Finanzplatz nicht das geringste zu tun, sondern das ist letztlich

eine interne Besteuerung der Kapitalgesellschaften. Da darf man feststellen, dass die Besteuerung der Kapitalgesellschaften in der Schweiz international sehr tief ist. Es gibt in einer solchen finanziellen Situation, in der der Bund heute steht, keinen Grund, hier eine Reduktion vorzunehmen. Man kann natürlich anführen, das sei ein Schutz der Arbeitsplätze, Fusionen seien notwendig. Ich weiss nicht, ob Sie heute gelesen haben, wie die Arbeitsplätze bei Fusionen gelegentlich geschützt werden; wenn irgendein Konzern eine schweizerische Biscuitfabrik übernimmt und dann sagt: Ja gut, wir produzieren jetzt nur noch im Ausland, wir schliessen in der Romandie unseren Betrieb – obwohl das eine bekannte Gesellschaft gewesen ist.

Man muss auch hier noch etwas Grundsätzlicheres überlegen: Fusionen und Zusammenschlüsse können sehr gut und sehr nützlich sein, wenn es tatsächlich darum geht, einen Betrieb leistungsfähiger zu machen, damit er konkurrenzfähiger wird. Es kann aber auch das Umgekehrte sein. Gute Betriebe können auch übernommen werden, um einen lästigen Konkurrenten auszuschalten. Das ist auch ein Zweck, das haben wir ja letzthin erlebt, beispielsweise in der Bierbranche. Bei den Versicherungen geht es in die genau gleiche Richtung. Auch dort gibt es solche Tendenzen. Solche Uebernahmen sind zudem heute praktisch immer mit einer Benachteiligung des Einzelaktionärs verbunden, der nicht ein grosses Paket hat; der einzelne, der glaubt, er sollte auch Aktionär sein, ist am Schluss der Dumme. Da müssen Sie sich fragen, ob es nicht auch etwas mit dem Finanzplatz Schweiz zu tun hat, wenn man die Einzelaktionäre schlecht behandelt. Vielleicht hat auch das etwas damit zu tun.

Ihre Sorge noch wegen der Arbeitsplätze im Bankgewerbe: Auch dazu wäre noch ein Wort zu sagen. Auf der einen Seite haben wir verschiedene Kartelle aufgehoben, das bedeutet zwangsläufig, dass eine Restrukturierung erfolgen wird. Dies ist ein politischer Wille gewesen, um eben mehr Wettbewerb zu schaffen. Die Folgen sind klar: Es wird eine Konzentration geben. Aber es ist nicht die einzige Ursache. Es gibt heute im schweizerischen Bankenwesen einige Zusammenschlüsse, die darauf zurückzuführen sind, dass Banken unsorgfältig Kredite erteilt haben, teils um Uebernahmen zu finanzieren – der Bund hat aus einem solchen Geschäft auch noch etwa 25 Millionen Franken zugut –, teils aber auch aus anderen Gründen, weil man beispielsweise Hypotheken gewährt hat, und zwar unsorgfältig. Ich kenne ein Beispiel: Ein Grundstück wurde für 8 Millionen Franken angeboten. Die Belehnungsgrenze wäre 80 Prozent gewesen. Ob diese 8 Millionen Franken richtig waren oder nicht, es ist das, was der Käufer wollte. Die Bank hat hier sehr einfach geholfen, sie hat gesagt: Gut, dieses Grundstück mit dieser Liegenschaft ist 10 Millionen Franken wert; 80 Prozent davon sind 8 Millionen, ergo können wir dem 8 Millionen geben. Leider hat er aber kein Eigenkapital, kann die Zinsen nicht bezahlen; die Bank verliert Eigenkapital, und sie wird fusionieren – nicht nur wegen diesem Fall, das ist auch klar.

Es gibt auch noch grössere und andere Beispiele. Aber daran muss man auch denken; auch das ist ein Teil des Finanzplatzes Schweiz. Die Schweizer Banken müssen sorgfältiger sein und besser als die andern. In der Welt draussen gibt es viele, die nicht gut dastehen, aber in der Schweiz müssen die Banken besser sein, wenn der Finanzplatz eine Chance haben soll. Das gehört auch zum Finanzplatz Schweiz.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress; Art. 1 Abs. 1 Bst. a, b; Art. 4 Abs. 3–5
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule; art. 1 al. 1 let. a, b; art. 4 al. 3–5
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 5 Titel, Abs. 1 Bst. b, Abs. 2 Bst. c*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 5 titre, al. 1 let. b, al. 2 let. c*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Kündig, Berichterstatter: Zu Artikel 5 möchte ich noch bemerken, dass bei den Buchstaben b und c die bisherige gesetzliche Fassung aufgehoben wird. Das Wort «streichen» sollte eigentlich «aufheben» heissen.

Angenommen – Adopté

Art. 5a*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 6 Abs. 1 Bst. abis (neu), e*Antrag der Kommission*

Abs. 1 Bst. abis (neu)

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Jaggi, Jelmini, Weber)

Streichen

Abs. 1 Bst. e

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 6 al. 1 let. abis (nouvelle), e*Proposition de la commission*

Al. 1 let. abis (nouvelle)

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Jaggi, Jelmini, Weber)

Biffer

Al. 1 let. e

Adhérer à la décision du Conseil national

Abs. 1 Bst. abis – Al. 1 let. abis

Kündig, Berichterstatter: Der Nationalrat hat beschlossen, dass auch Fusionen und Aufspaltung von Aktiengesellschaften von der Stempelsteuer entlastet werden sollen.

Sehr oft müssen heute Unternehmensstrukturen geändert werden, wie in dem Fall, der heute in der «Neuen Zürcher Zeitung» steht und den Herr Bundesrat Stich als aktuellen Fall erwähnt hat.

Ich möchte dazu nur eine kleine Bemerkung machen, Herr Bundesrat: Wenn man die Verlegung der Firma Oulevay in Morges betrachtet, muss man auch feststellen, dass neue Arbeitsplätze in Trimbach geschaffen werden sollen. Also man muss das Positive aus dieser Meldung auch herauslesen. Neue Gruppierungen oder auch eine Aufspaltung von Resten von Betrieben in selbständige Profitzentereinheiten werden oft beschlossen, um international oder auch national überhaupt überleben zu können. Es ist nicht einzusehen, weshalb solche Schritte – Umschichtungen, Umgliederungen – vom Staat noch zusätzlich belastet werden.

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen deshalb Zustimmung zum Nationalrat.

Mme Jaggi, porte-parole de la minorité: Ainsi que l'a laissé entendre le président de la commission, cette adjonction faite par le Conseil national au projet du Conseil fédéral de révision de la loi sur le droit de timbre n'a rien à voir avec la place financière, dont le sort et le salut semblent dépendre de cette révi-

sion, mais concerne l'économie intérieure en général. Cela n'a rien à voir non plus avec la fuite d'affaires financières à l'étranger, mais avec un type d'opérations helvético-suisses qui se déroulent sur le marché intérieur. Il faut voir les choses telles qu'elles se passent. Le mouvement de concentration des entreprises – et aussi d'ailleurs des exploitations – s'observe dans tous les secteurs économiques qui sont, les uns et les autres, à des rythmes différents selon les moments, en perpétuelle restructuration. Tous connaissent la même évolution, en vertu du principe: «qui n'avance pas recule». Cela signifie concrètement que la taille moyenne des entreprises augmente dans tous les secteurs, cela veut dire aussi que le seuil à partir duquel les économies d'échelle deviennent réalisables se déplace continuellement vers le haut, vers une limite toujours supérieure; cela veut dire aussi, exprimé de manière plus simple et plus imagée, que les plus gros poissons deviennent toujours plus gros, soit qu'ils avalent les plus petits, soit qu'ils grossissent par croissance interne. Ce phénomène n'a rien à voir avec la taxation de la place financière suisse, dont on a jusqu'ici exclusivement parlé.

Certes, il faut le reconnaître, et en ce moment tout particulièrement, il y a l'Europe en toile de fond de ce mouvement de concentration qui, lui, est continu. L'intégration économique internationale, avec la perspective du marché unique et la mise en oeuvre des quatre libertés – même si elles ne nous concernent pas immédiatement – constitue un puissant facteur de concentration à l'intérieur même de la Suisse, sans parler du phénomène de création, par les entreprises ayant leur siège en Suisse, de filiales à l'étranger, implantées dans la Communauté européenne pour bénéficier de ce fameux marché unique.

Mais encore une fois, les opérations que veut exonérer l'alinéa premier de l'article 6, lettre abis (nouvelle), concernent l'économie intérieure et non la place financière suisse, dont les contours d'ailleurs débordent à l'étranger.

Soixante millions sont en cause derrière cette adjonction apparemment innocente. Tenons-nous à faire comme le Conseil national une adjonction qui charge un projet et qui le rend pratiquement référendable? Plusieurs d'entre vous désirent offrir un cadeau aux banquiers qui tiennent leur journée annuelle après-demain à Zurich. On peut le comprendre, mais je crois que ceux-là même qui sont décidés à offrir ce cadeau ne devraient pas l'empoisonner en y ajoutant, en prime, une perspective quasi assurée de référendum, avec tout ce que cela coûtera aux banques en termes d'annonces et de campagne – ils prendront ces frais sur les bénéfices qu'ils annoncent déjà records pour l'année courante, ce n'est donc pas grave – et avec tout ce que cela signifie pour les banques en termes d'image de marque. Sur ce point, elles n'ont rien à chercher du côté d'un affaiblissement de leur image, d'autant qu'en ce moment elles sont plutôt mal situées: leur intention de ne pas compenser intégralement le renchérissement dès le 1er janvier 1992, combinée avec des bénéfices records, entache suffisamment cette même image.

Je vous demande de biffer la lettre abis du premier alinéa de l'article 6, afin de ne pas charger de 60 millions supplémentaires un projet qui en devient inacceptable.

Jelmini: Hier handelt es sich nicht um eine Massnahme, die zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des schweizerischen Kapitalmarktes beiträgt, sondern schlicht und einfach um einen Steuerabbau zugunsten von Kapitalgesellschaften. Bei Fusionen wird ohnehin schon ein tieferer Satz angewendet als beispielsweise bei Neugründungen. Es besteht somit schon eine steuerliche Bevorzugung.

Uebrigens sehe ich nicht ein, warum bei Fusionen auf eine Stempelabgabe verzichtet werden soll, denn Fusionen sind nicht einfach von Natur aus und in jedem Fall nützlich. Fusionen können zwar nützlich sein für die Erhaltung von Arbeitsplätzen – man hat das hier gesagt –, aber meistens sind Fusionen auch einfach machtpolitische Massnahmen, mit dem Ziel, eine Marktbeherrschung zu erreichen und damit die Konkurrenz auszuschalten. Es kommt also immer darauf an, welche Zielsetzungen mit einer Fusion verbunden sind. Und wenn man an gewisse bekannte Fusionen, Zusammenschlüsse und

Holding-Gründungen denkt, müssten solche Unterfangen nicht unbedingt steuerlich begünstigt werden. Es ist meines Erachtens weder notwendig noch dringend, einen solchen Steuerabbau in eine Vorlage, welche andere Ziele verfolgt, einzuschmuggeln. Deswegen bitte ich Sie, der Minderheit zuzustimmen.

M. Raymond: Les deux préopinants ont raison d'affirmer que la place financière suisse n'est pas en jeu ici, mais ils omettent de dire que c'est la place économique suisse, tout aussi importante que la place financière, qui est concernée. La concentration des entreprises, notamment par le procédé de la fusion, est une nécessité qu'imposent le marché, l'Europe, la décartellisation, la déréglementation et la concurrence. Ces fusions se font par un procédé tout à fait clair dans le droit suisse, soit la fusion par absorption où la société absorbante augmente son capital d'un montant correspondant à celui de la société absorbée. Or, cette dernière a déjà payé les droits de timbre que l'on fait payer une seconde fois, sur le même montant, sans augmentation globale du capital. La fusion a pour conséquence de faire payer deux fois les droits de timbre sur le capital. Il s'agit donc là, dans notre système actuel, d'un frein considérable à la fusion de certaines entreprises. Je l'ai vécu moi-même: plusieurs entreprises ont été empêchées de procéder à des fusions, qui auraient contribué à les restructurer de manière favorable, à cause justement de cette double imposition. C'est pourquoi il est important de saisir l'occasion qui nous est donnée de supprimer cette pénalisation. Je vous invite par conséquent à suivre la proposition de la majorité de la commission.

Bundesrat Stich: Der Bundesrat unterstützt den Minderheitsantrag, und zwar aus dem ganz einfachen Grund, weil dieser Antrag der Mehrheit mit der Konkurrenzfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz nicht das geringste zu tun hat, sondern ein interner Steuerabbau ist. Deshalb bitte ich Sie, der Minderheit zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	22 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	10 Stimmen

Abs. 1 Bst. e – Al. 1 let. e
Angenommen – Adopté

Art. 7 Abs. 1 Bst. f, Abs. 2; Art. 8 Titel, Abs. 2; Art. 9 Abs. 1 Bst. a, c; Art. 9a; Art. 10; Art. 11 Bst. b; Art. 13 Abs. 2, 3; Art. 14 Abs. 1 Bst. a, c, f–h, Abs. 2, 3; Art. 16a; Art. 18 Abs. 3; Art. 19

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 7 al. 1 let. f, al. 2; Art. 8 titre, al. 2; art. 9 al. 1 let. a, c; art. 9a; art. 10; art. 11 let. b; art. 13 al. 2, 3; art. 14 al. 1 let. a, c, f–h, al. 2, 3; art. 16a; art. 18 al. 3; art. 19

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 22 Bst. a

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Ducret, Jaggi, Jelmini, Weber)

Zustimmung zum Entwurf der Kommission des Nationalrates

Art. 22 let. a

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Ducret, Jaggi, Jelmini, Weber)

Adhérer au projet de la commission du conseil national

Kündig, Berichterstatter: Die Artikel 22 und 24 gehören in der Thematik zusammen. Der Nationalrat hat bei den Ausnahmen von der Stempelsteuer auf Prämienzahlungen die Lebensversicherung mit einer Mehrheit von 95 zu 53 Stimmen aufgenommen. Die Kommission beantragt Ihnen, dem Beschluss des Nationalrates zu folgen.

Die Kommissionsminderheit, vertreten durch Kollege Ducret, beantragt Ihnen, die Befreiung der Lebensversicherungen gemäss dem Textentwurf der Kommission zu beschliessen. Der Unterschied besteht darin, dass die Kommissionsminderheit nur jene Lebensversicherungen vom Stempel auf Prämienzahlungen befreien möchte, die der zweiten Säule, also der beruflichen Vorsorge, dienen, und zwar im Sinne der Artikel 81 und 82 BVG oder, anders gesagt, nur die sogenannten BVG-Säulen 2a und 2b. Die dritte Säule soll somit der Stempelsteuer unterstellt bleiben.

Die Kommissionsmehrheit meint, ein wesentlicher Teil der Opposition habe bei der Volksabstimmung vom 2. Juni 1991 das Finanzpaket wegen dieser Stempelsteuer verworfen. Sie möchte daher diese wichtige Revision nicht mit der Stempelsteuer auf Lebensversicherungen belasten und beantragt Ihnen Zustimmung zum Nationalrat.

M. Ducret, porte-parole de la minorité: Comme vient de le dire notre très bon président Kündig, ce texte faisait partie du paquet financier. Il a d'ailleurs été l'un des obstacles à l'acceptation, car les assurances n'ont pas hésité à effectuer une large information puisque plus d'un million de prospectus ont été distribués pour expliquer à ceux qui possédaient des assurances-vie, ou à ceux qui souhaitaient en contracter, que dorénavant ils seraient soumis à un droit de timbre. L'explication était brève et en partie fausse puisque le texte indique très clairement: «Ne sont pas touchées les assurances-vie contractées pour la prévoyance.» Il est d'ailleurs tout à fait en accord avec l'usage de la loi sur l'impôt fédéral direct ou des lois sur l'imposition cantonale puisqu'on peut déduire les versements de primes à une assurance dite «capitalisation» ou «risque pur» dans la limite stipulée par la loi sur la prévoyance professionnelle. Au delà de cette limite, on ne peut bien entendu pas déduire les sommes versées aux assurances. La situation fiscale est parfaitement claire. Ceux qui tentent de la troubler ne font que créer un brouillard propice à semer l'inquiétude chez les éventuels clients des assurances. Au contraire, nous nous trouvons là dans un domaine qui devrait satisfaire les défenseurs des banques que nous avons entendus jusqu'à présent puisque c'est une concurrence suisse et internationale. Si nous n'inscrivons pas cette modification à la lettre a de l'article 22, cela signifie que les placements bancaires effectués en Suisse seront soumis à un droit de timbre et que, par contre, les assurances contractées en Suisse ou à l'étranger ne seront pas concernées.

Evidemment, tout à l'heure, vous allez suivre l'opinion de la majorité. Je suis sans illusions quant à mon plaidoyer. Mais, ce faisant, je ne vous donne pas 122 jours pour faire marche arrière, car les banques vont nous dire: «Qu'avez-vous fait? La concurrence des assurances est trop forte; les gens ne prennent plus de bons de caisse, mais des assurances avec des versements uniques.» Ces dernières présentent un énorme inconvénient, car elles ne produisent aucun impôt sur la fortune. En revanche, si l'on va dans une banque – j'allais dire une pauvre banque, mais là j'anticipe un peu trop – les placements qu'on y met sont soumis à l'impôt sur la fortune, pour autant qu'on les déclare. C'est vrai qu'à ce propos on peut nourrir certains doutes lorsque l'on voit l'importance de l'impôt anticipé non remboursé. Il serait raisonnable – mais je ne crois pas que vous soyez prêts à l'être – de soumettre les assurances, pour la part des primes qui dépasse ce qui est déductible dans le deuxième pilier, à un droit de timbre. Ce serait la compensation à l'effort que nous entreprenons en faveur des clients des banques pour qu'ils reviennent en Suisse. Voilà la compensation! Elle est là! Dans le discours des uns et des autres, je n'ai

entendu personne affirmer ouvertement qu'on voulait une diminution des recettes de la Confédération. Alors, si vous ne voulez pas une baisse trop forte des recettes de la Confédération, il faudrait au moins accepter l'article 22.

Je vous demande donc de voter comme la minorité de la commission.

M. Gautier: Veuillez m'excuser, Monsieur le président, si je reprends la parole, mais ce sera très brièvement.

Je voudrais simplement rappeler à ce Conseil l'article 34quater, alinéa 6, de la Constitution fédérale qui stipule: «La Confédération, en collaboration avec les cantons, encourage la prévoyance individuelle, notamment par des mesures fiscales et par une politique facilitant l'accès à la propriété.»

Je ne pense pas que l'introduction d'un droit de timbre sur les assurances-vie aille dans le sens d'un encouragement de la prévoyance individuelle grâce à des mesures fiscales. Nous sommes là en pleine contradiction avec l'article de la constitution précité qui a été adopté par le peuple et les cantons il y a quelques années et qui avait eu pour conséquence la suppression du droit de timbre sur les assurances-vie. Si l'on veut vraiment frapper d'un droit de timbre les assurances-vie, il faudrait peut-être commencer par modifier l'article 34quater, alinéa 6, de la Constitution fédérale.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie ebenfalls, der Kommissionsminderheit zuzustimmen. Hier geht es um einen Beitrag von 135 Millionen Franken jener Leute, die Lebensversicherungen abgeschlossen haben. Das ist eine gewisse Kompensation, die zweifellos wünschenswert ist. Mindestens so wichtig ist aber, dass wir dafür sorgen, dass bei der fiskalischen Belastung nicht weiterhin ein Ungleichgewicht zuungunsten der Banken und zugunsten der Versicherungen besteht, wie es heute unbestrittenemassen der Fall ist.

Deshalb müssen Sie doch, wenn Sie je wieder für Wettbewerbsgleichheit eintreten und glaubwürdig bleiben wollen, hier auch dafür sorgen, dass die Wettbewerbsgleichheit wenn schon nicht gewährleistet, so doch wenigstens angepasst wird. Sie ist noch lange nicht gewährleistet, aber sie wäre angepasst. Das ist hier entscheidend.

Zum Votum von Herrn Gautier ist zu sagen: Dieser Verfassungsartikel 34quater sagt nicht, dass man nicht besteuern dürfe, das sagt er wirklich nicht. Es heisst, man solle fördern. Aber seit dieser Verfassungsartikel angenommen worden ist, hat der Bund sehr viel für die zweite und für die dritte Säule getan und auch sehr viele Entlastungsmassnahmen vorgesehen. Deshalb können Sie, Herr Gautier, nicht in guten Treuen diesen Verfassungsartikel für diesen Zweck zitieren.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit

21 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit

12 Stimmen

Art. 24 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 24 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Kündig, Berichterstatter: Hier handelt es sich um das gleiche, das wir in Artikel 22 behandelt haben.

Angenommen – Adopté

Ziff. II Abs. 1, 2

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Jaggi)

Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten, das erst erfolgen kann, nachdem das Parlament die volle Kompensation beschlossen hat.

Ch. II al. 1, 2

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 2

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Jaggi)

Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur qui interviendra au plus tôt après que le Parlement aura décidé la pleine compensation.

Abs. 1 – Al. 1

Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

Mme Jaggi, porte-parole de la minorité: M. Ducret a défendu tout à l'heure sans illusions – la suite a démontré qu'il aurait pu être plus optimiste – une proposition appuyée par quatre signatures. Vous imaginez mon optimisme au moment de défendre ma proposition qui n'en comprend qu'une! Je ferai cependant remarquer que cette proposition, qui a la même teneur que celle faite par M. Salvioni au Conseil national, a recueilli dans la Chambre du peuple une voix sur trois en votation à l'appel nominal, 54 voix contre 108, pour être précis.

Je pense qu'ici le score sera sensiblement plus net parce que, de toute évidence, dans ce conseil, personne ne veut d'une compensation, même partielle, des dépenses ou des manques à encaisser qui résulteront pour la Confédération de la révision en cours de la loi sur les droits de timbre. De toute évidence, la volonté dominante est d'alléger l'imposition des banques et des compagnies d'assurances, ainsi que de leurs clients; c'est-à-dire de les dresser à terme les uns contre les autres, ce qui ne me paraît pas une manoeuvre très habile. Au total, l'opération se solde en tous cas par 400 millions de recettes en moins pour la Confédération. Une rapide addition de ce que nous avons voté en plus des projets fédéraux montre que nous avons singulièrement élargi le fossé déjà béant des finances fédérales pour ces prochaines années, selon la planification que nous connaissons. Nous avons, ou nous allons voter 130 millions supplémentaires pour les investissements en faveur des régions de montagne, quelques dizaines de millions supplémentaires pour l'encouragement à la construction de logements. Nous nous apprêtons à voter des milliards – puisque l'échelle dans ce domaine, c'est le millier de millions – supplémentaires pour la transversale alpine, tout cela au cours de la même session où la majorité aux Chambres fédérales ne se gêne pas pour alléger un impôt et diminuer d'autant les ressources des caisses fédérales.

Je constate que tout cela va très vite, selon une procédure qui n'est absolument pas habituelle, qui n'est prévue ni par le règlement ni par la loi sur les rapports entre les conseils; c'est seulement sur proposition du Conseil fédéral, Monsieur Gautier, qu'un objet peut être traité – ou doit l'être, s'agissant du compte ou du budget – au cours de la même session par les deux Chambres. On peut effectivement travailler vite et bien, l'un n'exclut pas l'autre, mais en l'occurrence je considère qu'ici ce n'est plus de la vitesse mais de la précipitation, toujours mauvaise conseillère. De surcroît, cet objet traité à grande vitesse contraste cruellement avec d'autres projets dont le peuple attend en vain la réalisation – je pense ici tout simplement, ce qui vous fera probablement sourire, à la dixième révision de l'AVS, qui fait partie des projets que le Parlement aime tellement peaufiner qu'il n'est jamais prêt le concernant.

Je défends cette idée des compensations, je sais que je suis «auf verlorenem Posten», comme vous dites, mes chers collègues alémaniques, vous à qui j'ai envie de dire en conclusion,

bien que je me sois toujours interdit pendant cette législature d'utiliser une autre langue que ma langue maternelle dans ce conseil, une phrase dans votre langue, qui vous fera peut-être plaisir:

Meine lieben Kollegen, was hier bei der Revision des Stempelsteuergesetzes betrieben wird, ist reine Machtpolitik, reine Bankmachtpolitik, wenn Sie so wollen. Das finde ich einfach nicht gerecht.

C'est pourquoi je vous demande, mes chers collègues, avec un tout petit espoir mais sans aucune illusion, de voter la proposition de minorité à l'alinéa 2 du chiffre II, tout *in fine* de notre projet.

Kündig, Berichterstatter: Durch die Zustimmung zum Antrag der Minderheit von Frau Jaggi würde das Ziel dieser Gesetzesrevision, nämlich ohne Verzug eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des Finanzplatzes zu realisieren, *ad calendas graecas* verschoben.

Ich glaube nicht, Frau Jaggi, dass Sie davon sprechen können, hier werde eine Bankmachtpolitik betrieben. Vielmehr geht es darum, dass etwas, das das Parlament schon einmal durchberaten und angenommen hat, aus der Dringlichkeit und der Notwendigkeit der Verbesserung heraus schnell erledigt wird.

Wenn wir das Inkrafttreten verschieben müssten – wie Sie es in Ihrem Antrag vorsehen und wonach der Bundesrat das Gesetz erst dann in Kraft treten lassen kann, nachdem das Parlament die volle Kompensation beschlossen hat –, dann ginge es äusserst lang. Es würde dies nämlich bedeuten, dass die neue Bundesfinanzordnung entweder durch Gesetz oder Verfassung in Kraft getreten wäre.

Im Namen der Mehrheit der Kommission beantrage ich Ihnen deshalb, dem Nationalrat zuzustimmen, damit diese tatsächlich dringende Gesetzesänderung baldmöglichst in Kraft treten kann.

Herr Bundesrat Stich erklärte, dass dies bis etwa Mitte des nächsten Jahres möglich sein soll. Ich glaube, dass auch so noch genügend Zeit vorhanden ist, um die Detailregelungen vorzunehmen.

Ich beantrage Ihnen deshalb im Namen der Mehrheit, auf den Zusatz, den uns die Minderheit Jaggi vorschlägt, zu verzichten.

Mme Jaggi, porte-parole de la minorité: Je reviendrai simplement sur la dernière remarque faite par M. Kündig. Vous parlez, Monsieur Kündig, du 1er juillet de l'année prochaine – ce que va certainement nous confirmer M. le chef du Département des finances – pour l'entrée en vigueur de la loi. Vous le dites vous-même, cela donne tout le temps de trouver les compensations. Dans ces conditions, je ne vois pas de raison de s'opposer à la clause que je demande d'inscrire dans cet article final concernant la mise en vigueur du projet.

De deux choses l'une: ou bien d'ici le 1er juillet on a le temps – ce qui est le cas à mon avis – de trouver les compensations – M. Ducret nous fera tout à l'heure une proposition concrète à ce sujet –, ou bien on a décidé qu'il n'y aurait pas de compensations, on veut s'empêcher de les faire, et ce n'est pas ainsi qu'on accélérera l'acceptation de la révision.

M. Raymond: Il est clair que, dans les surenchères qui peuvent se produire à trois semaines des élections, la suppression de 300 à 400 millions de recettes d'impôts permet toutes sortes de propositions de composition. On pourrait aussi demander à ceux qui ont augmenté des postes de dépenses de plusieurs centaines de millions durant la présente session de proposer aussi des recettes fiscales correspondantes ou d'ajouter en fin de chaque texte législatif concerné un article excluant l'entrée en vigueur tant que la recette n'est pas assurée. On aurait ainsi chaque fois le texte suivant: «N'entrera en vigueur que si on a trouvé des impôts nouveaux». Au début de la présente session, chacun connaissait la situation financière de la Confédération. On aurait très bien pu en tenir compte à chaque arrêté portant sur des crédits d'engagement. Je ne vois donc pas la nécessité de le dire ici et si j'interviens, c'est parce que j'ai appris avec étonnement que le Conseil fédéral

attendrait même jusqu'en juillet prochain pour que ces dispositions entrent en vigueur. Je vous rappelle que nous sommes en présence d'une hémorragie sérieuse des postes de travail dans les secteurs bancaires concernés, hémorragie qui touche surtout Zurich et Genève. Comme petite banque qui ne fait rien dans ce secteur, je peux vous dire que celle qui m'occupe reçoit tous les jours des demandes d'emploi de gens de Zurich et de Genève qui n'ont plus de travail dans ce secteur-là. Dès lors, si l'on veut se soucier quelque peu de l'emploi – et j'espère que M. Stich et Mme Jaggi y sont sensibles – je crois qu'il faut souhaiter que ces dispositions entrent très rapidement en vigueur.

Bundesrat Stich: Eigentlich wollte ich das Wort dazu nicht ergreifen. Aber das Votum des Herrn Kommissionspräsidenten hat mich etwas aufgeschreckt; weil er hat gesagt, wenn man auf die Kompensationen warten wolle, verschöbe man diese Vorlage *ad calendas graecas*, sie würde also auf die lange Bank geschoben. Muss man das so interpretieren, dass Sie von vornherein die Sanierung der Bundesfinanzen ausschliessen?

Der zweite Hinweis betreffend Kompensation auf dem Wege der Verfassungsänderung würde bedeuten, dass sie frühestens ab dem 1. Januar 1995 erfolgen könnten. Das hätte zur Konsequenz, dass genau das eintritt, was ich gesagt habe: In den nächsten vier Jahren würde der Fehlbetrag des Bundes verdoppelt, und wir müssten bereits 1995 zusätzlich eine Milliarde Franken aufwenden, nur um die Verzinsung sicherzustellen, wir müssten also wieder zusätzliche Schulden machen. Ich glaube, das kann nicht die Meinung sein, ich hoffe es wenigstens nicht.

Kündig, Berichterstatter: Ich kann ganz kurz sagen, Herr Bundesrat: Das war nicht die Meinung.

Bundesrat Stich: Gut.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	24 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	7 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	24 Stimmen
Dagegen	4 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

91.3341

Postulat Ducret

Kompensation der Einnahmehausfälle aus der Revision der Stempelabgaben Compensation des pertes de recettes dues à la réforme des droits de timbre

Wortlaut des Postulates vom 2. Oktober 1991

Der Bundesrat wird eingeladen, ohne Verzug eine Aenderung der direkten Bundessteuer für die juristischen Personen zu prüfen, im Sinne eines Ersatzes des heutigen Dreistufentarifs nach Massgabe der Rendite durch eine Proportionalsteuer auf dem Reinertrag.

**Parlamentarische Initiative (Kommission des Nationalrates) Bundesgesetz über die
Stempelabgaben. Aenderung**

**Initiative parlementaire (Commission du Conseil national) Loi fédérale sur les droits de
timbre. Modification**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.426
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.10.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	853-863
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 596